

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2014/152
öffentlich		
Datum 17.12.2014	Aktenzeichen II.7.1	Federführend: Herr Ropers

Betreff

Bericht Rechtsextremismus - Fortschreibung des Berichtes vom 10.09.2013

Beratungsfolge Gremium Sozialausschuss		Datum 13.01.2015	Berichterstatter		
Finanzielle Auswirkungen:			JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:			JA		NEIN
Produktsachkonto:					
Gesamtaufwand/-auszahlungen:					
Folgekosten:					
Bemerkung:					
Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse:					
	Statusbericht				
	Abschlussbericht bis				
	Berichterstattung nicht erforderlich				

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte angekündigt, regelmäßig einen Bericht zum Thema "*Rechtsextremismus und Gewalt – Sachstand zu den Themen: **Vorfälle, Aufkleber und Prävention***" abzugeben. Der letzte Bericht wurde im Sozialausschuss am 10.09.2013 vorgetragen.

A. Verfassungsschutzbericht des Landes S-H für das Jahr 2013

Der Verfassungsschutzbericht S-H ist im Internet auf der Seite des Innenministeriums einzusehen.

Auf den Seiten 19 ff. wird ein Überblick über die rechtsextremistischen Bestrebungen in S-H gegeben. Im Folgenden wird hier ein Auszug aus diesem Abschnitt wiedergegeben:

Die maßgeblichen Impulse für den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein gingen von der NPD aus. Diese Einschätzung gilt trotz der derzeit nicht nur in Schleswig-Holstein sichtbaren Schwäche der Partei. (...)

Eine ähnliche Schwächephase ist momentan im aktionistischen Rechtsextremismus zu beobachten. Ursächlich hierfür dürfte nicht zuletzt die unter dem Eindruck der Verbrechen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ öffentlich geführte Diskussion über den Rechtsextremismus sein. In Anbetracht der hierdurch ausgelöst – noch deutlicher als in der Vergangenheit gesamtgesellschaftlich getragenen – Ächtung des Rechtsextremismus ist es erklärbar, dass spektakuläre Aktionen von Rechtsextremisten im Berichtsjahr ausblieben. Die Zahl der Rechtsextremisten liegt mit 1.200 Personen dennoch auf dem Niveau der Vorjahre. Zudem zeigt auch eine Vielzahl von für die Öffentlichkeit weniger spektakulär erscheinenden Aktivitäten, dass ein „harter Kern“ der Szene sich weiterhin intensiv für den Rechtsextremismus engagiert.

Rückläufig ist in erster Linie der auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtete aktionistische Rechtsextremismus. Gegenwärtig gibt es in Schleswig-Holstein etwa 230 Personen, die diesem – zumeist neonazistischen – Spektrum zuzuordnen sind. Der „harte Kern“ allerdings besteht weiterhin nur aus etwa 60 Personen. Eine Steuerung der aktionistischen Szene ist derzeit in Schleswig-Holstein nicht erkennbar. Von der Fähigkeit, politische Kampagnen mit möglicher Außenwirkung zu initiieren, sind die hiesigen Rechtsextremisten dementsprechend weit entfernt. Sichtbarstes Zeichen für die derzeit nur beschränkte Handlungsfähigkeit war die Absage des so genannten „Trauermarsches“ in Lübeck. (...)

Die vordergründig rückläufige Tendenz des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein betrifft aber nicht nur die überwiegend neonazistisch orientierte aktionistische Szene und die mit ihr hier besonders eng verbundene NPD. Auch die gerade in Schleswig-Holstein recht große rechtsextremistische Subkulturszene ist seit Jahren kaum noch für politische Aktivitäten mobilisierbar. (...)

Die Ergebnisse der im Berichtsjahr durchgeführten Kommunal- und Bundestagswahlen haben gezeigt, dass die Wahlchancen für rechtsextremistische Parteien in Schleswig-Holstein derzeit nur gering sind. Bei der Bundestagswahl erzielte die NPD nur 0,7 %. Sie verlor 0,4 Prozentpunkte. Allerdings sollten Wahlergebnisse nur als Momentaufnahme gesehen werden. Die Entwicklung in anderen europäischen Ländern hat gezeigt, dass die Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien z. B. bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach oben schnellen können. Die Instrumentalisierung von in subkulturellen oder gesellschaftlichen Randgruppen vorhandenen Extremismuspotenzialen ermöglichte einem Kie-ler NPD-Funktionär und Ratsherrn bei der Kommunalwahl trotz des scheinbar desaströsen Zustandes der örtlichen NPD den Wiedereinzug in die Ratsversammlung. Ein vor dem Hintergrund des Gesamtbildes der Partei ebenfalls überraschender Wahlerfolg wurde außerdem noch in Neumünster erzielt. Auch derartige Erfolge machen deutlich, dass die NPD trotz ihrer Schwäche weiterhin eine ernst zu nehmende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist.

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. 2012 gab es insgesamt 533 Straftaten. 23 davon waren Gewalttaten. Im Berichtsjahr wurden von der Polizei 545 entsprechende Delikte (PMK Rechts) gemeldet. Davon waren 26 Fälle Gewalttaten. Es handelte sich dabei überwiegend um Körperverletzungsdelikte. Von spektakulären rechtsextremistischen Straftaten blieb das Land Schleswig-Holstein auch im Jahr 2013 verschont.

Für die Gefahrenprognose erscheinen derzeit folgende Entwicklungen von besonderer Bedeutung: Der teilweise von gewalttätigen Linksextremisten ausgeübte Druck auf die Szene birgt ein erhebliches Risiko für als Vergeltung verübte Gewalttaten gegen politische Gegner und staatliche Institutionen. Als weiterer Gefahrenschwerpunkt ist die wachsende Thematisierung der Asylpolitik zu sehen.

Über den Großraum Lübeck und den Kreis Stormarn wird in dem Bericht auf Seite 61 ff. Folgendes gesagt:

Der Großraum Lübeck bleibt auch im Berichtsjahr ein regionaler Schwerpunkt des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Trotz des weiterhin hohen Engagements des dortigen NPD-Kreisvorsitzenden ist aber auch in Lübeck die zurückgegangene Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der rechtsextremistischen Szene deutlich spürbar gewesen. So ist es den Rechtsextremisten im Berichtszeitraum nicht gelungen, den seit 2006 jährlich abgehaltenen und überregional bekannten „Lübecker Trauermarsch“ durchzuführen. Die rechtsextremistische Szene war anhaltenden Übergriffen von Linksextremisten ausgesetzt. „Gegenmaßnahmen“ wurden zwar in der Szene diskutiert, allerdings mündeten sie bislang nicht in Gewalt. Der Grund hierfür dürfte allerdings in erster Linie die zurzeit zahlenmäßige Unterlegenheit der Rechtsextremisten in der Region sein. Zudem wurden von der Polizei so genannte „Gefährderansprachen“ durchgeführt. Überreaktionen von Rechtsextremisten, die von entsprechenden Aktionen betroffen waren, können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Erkenntnisse über etwaige Vorbereitungen liegen allerdings nicht vor.

Bereits seit dem Sommer 2012 macht im Internet eine neue Gruppierung mit der Bezeichnung „Aktionsbündnis Lübeck/Stormarn (ABLS)“ auf sich aufmerksam. Nach Eigendarstellung ist die Gruppe aus einem Zusammenschluss der „Autonomen nationalen Sozialisten Stormarn“ und des „Nationalen Widerstandes Lübeck“ entstanden. An der verfassungsfeindlichen Zielsetzung lässt die Gruppe keine Zweifel aufkommen: Als politische Ziele werden der Nationalismus und der Sozialismus angegeben. Auf der Internetpräsenz des Aktionsbündnisses werden unter anderem regelmäßig Berichte über Teilnahmen an diversen Demonstrationen außerhalb Schleswig-Holsteins eingestellt. Dieser Gruppe dürften etwa 15 Personen zuzurechnen sein. Die örtliche Subkulturszene ist ihrem Wesen entsprechend nur in geringem Umfang organisiert. Eine diesem Bereich zuzuordnende so genannte „Bruderschaft“ erweckt in erster Linie den Eindruck einer „Trink- und Feiergemeinschaft“. Einzelne Mitglieder wurden allerdings auch schon bei Aktivitäten der NPD beobachtet.

Der Kreis Ostholstein ist nach wie vor eine Art „Ballungsgebiet“ der schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Musik-Szene. Gleich 3 Gruppen stammen zumindest teilweise aus dieser Region. Hierzu zählen die Gruppen „Einherjer“, „Sturmwehr“ und die derzeit bedeutendste Band aus Schleswig-Holstein „Words of Anger“. Im Gegensatz zu dieser Konzentration von rechtsextremistischen Musikgruppen im Kreis Ostholstein stehen die Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene innerhalb des Kreisgebietes. So wurden im Berichtsjahr keine rechtsextremistische Musikveranstaltung im Kreis Ostholstein bekannt. Organisierte Rechtsextremisten gibt es in dieser Region nur in geringer Zahl.

Das „Aktionsbündnis Lübeck Stormarn (ABLS“) und der „NPD Kreisverband Lauenburg/Stormarn“ waren auch im diesem Jahr die Antriebskräfte für rechtsextremistischen Aktivitäten im Kreisgebiet Stormarn. Auch hier zeigt sich das in Schleswig-Holstein problemlose Zusammenspiel von NPD und aktionistischen Kräften. Beispielfähig sind hier Szene-Aktivitäten an dem von Rechtsextremisten als Heldengedenktag bezeichneten Volkstrauertag zu nennen. Dabei wurden gemeinsam Gedenkfeiern an Denkmälern in Mecklenburg- Vorpommern und Ratzeburg abgehalten. Mehrfach verübte Farbschmierereien und Sachbeschädigungen im Stadtgebiet **Ahrensburg** hatten zeitweilig eine große öffentliche Resonanz erzeugt. Diese Taten waren allerdings lediglich einem Einzeltäter zuzuordnen, der diese Straftaten bei seinen nächtlichen Aktionen gleich „in Serie“ verübt hatte. Die außerhalb des ABLS agierende rechtsextremistische Szene in der Region ist derzeit weder strukturiert noch homogen. Einbindungen in überregionale Aktivitäten konnten nicht festgestellt werden. Örtliche Schwerpunkte sind die Regionen um **Ahrensburg**, Reinfeld und Bad Oldesloe.

Die Aktivitäten der „Nationalen Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg (NASO-LB)“ hatten in der Vergangenheit immer wieder für öffentliches Aufsehen gesorgt. Die Anhänger der Gruppe gelten auch weiterhin als Initiatoren der rechtsextremistischen Aktivitäten im Kreisgebiet, allerdings hatten die Aktivitäten nicht mehr die Ausmaße der vergangenen Jahre. Wie in den meisten Landesteilen auch ist die Szene in Lauenburg bei öffentlichen Auftritten zurückhaltender geworden. Eine der Ursachen dürfte auch hier die Outing-Aktionen der antifaschistischen Gruppierungen sowie zivilgesellschaftlich getragener Druck sein. Es gibt Hinweise darauf, dass Rechtsextremisten aus dem Kreisgebiet Kontakte in die rechtsextremistische Szene des Landes Mecklenburg-Vorpommern unterhalten. Die gegenwärtig geringer gewordene Präsenz der Rechtsextremisten kann auch von daher nur eine Momentaufnahme darstellen.

B. Vorkommnisse mit rechtsextremen Hintergrund in Ahrensburg

— Plakatierung und Flyer

Vom 14.08.2013 bis 25.08.2014 wurden keine neuen Aufkleber bzw. Schriftzüge mit rechtsextremistischem Hintergrund dokumentiert. Es wurden lediglich Anfang 2014 ca. 40 alte Aufkleber mit dem Schriftzug „Kinder als Staatseigentum“ entfernt, die schon im Bericht 2013 erwähnt wurden.

— Polizeimeldungen

im Zeitraum vom 20.07.2013 bis 31.07.2014 wurden 3 Straftaten „politisch motivierte Straftaten rechts“ in Ahrensburg angezeigt.

Es handelt sich hierbei um Delikte gem. § 86a StGB
„Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“

— Meldungen der Schulen

In den Schulen wurden keine rechtsextremistischen Taten von Schülern wahrgenommen.

— **Meldungen der Jugendeinrichtungen**

Ein neu zugezogener junger Erwachsener mit rechtsextremer Einstellung wurde durch die Vermittlung eines Sozialarbeiters eines Jugendhauses in das Aussteigerprogramm des Innenministeriums vermittelt.

Es entspricht dem pädagogischen Konzept der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen, dass diskriminierende oder rechtsextremistische Äußerungen als Anlass für eine grundsätzliche Diskussion genutzt werden.

- Über die E-Mail-Adresse **info@ahrensburg.de** ist im Berichtszeitraum eine Meldung eingegangen. Sie wies auf Aufkleber rechtsextremen Inhalts hin.

C. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen „rechtsextremistisches Gedankengut“

— **Runder Tisch Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte – gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus (im Folgenden: „Runder Tisch“)**

Der am 23.02.2012 gegründete „Runde Tisch“ hat sich im Berichtszeitraum 5-mal getroffen (19.11.2013, 16.01.2014, 18.03.2014, 12.06.2014, 28.08.2014).

Vertreter des „Runden Tisches“ haben ständigen Kontakt zu den anderen im Kreis tätigen Initiativen z. B. in Glinde und wirken im Antirassistischen Bündnis Stormarn (arabues) sowie in den anderen im Bericht erwähnten Foren mit.

Der „Runde Tisch“ hat folgende Aktionen organisiert, angeregt oder unterstützt:

- Ausstellung „Tatort Stadion 2“ mit einem Vortrag zur Ausstellungseröffnung am 04.11.2013. Die Ausstellung thematisiert die Diskriminierung von Personen beim Fußball.
- „Gang des Erinnerns“ (an die Reichspogromnacht) am 09.11.2013 und 09.11.2014
- Info Stand am 07.09.2014 auf der zentralen Jubiläumsveranstaltung "700 Jahre Ahrensburg"
- Auf Anregung des „Runden Tisch“ Ahrensburg wird die Erinnerungstafel an dem Denkmal an der Kastanienallee überarbeitet.

Dem „Runden Tisch“ ist es gelungen, dem Thema Zivilcourage und Menschenrechte und dem Einsatz gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus eine allseits anerkannte Plattform zu geben.

- **Antirassistische Fußballturniere** wurden am 18.01.2014 in der Stormarnschule um den „Anneliese-Oelte-Pokal“ und am 12.07.2014 auf dem Stormarnplatz veranstaltet. Durchgeführt wurden die Turniere vom FSV Roter Stern Kickers 05 Ahrensburg. Der „Runde Tisch“ war bei beiden Veranstaltungen mit einem Informationsstand vertreten.
- **Das Netzwerk Migration und Integration** engagiert sich für die bessere Integration von Zugewanderten und aller hier lebenden Menschen. Es trifft sich 4-mal im Jahr und ist zusammengesetzt aus ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern/innen von Institutionen und der Stadtverwaltung. Vom 18.08.2013 bis zum 15.12.2013 veranstaltet es auch dieses Jahr wieder den Interkulturellen Herbst. Das Kulturzentrum Marstall, die VHS, das Kinderhaus Blauer Elefant, das Peter-Rantzau- Haus, die Stormarner Werkstätten, der Islamische Kulturverein, der „Runde Tisch“ u. a. bieten ein buntes Programm zum Thema „Integration und Antidiskriminierung“.

Eine besondere Erfolgsgeschichte ist der Aufbau des Freundeskreises der Flüchtlinge. Die zahlreiche Mitglieder des Freundeskreises helfen Flüchtlingen bei Alltagsgeschäften und Behördengängen. Ihr Engagement ist ein Stück gelebte Willkommenskultur in Ahrensburg.

Zur finanziellen Unterstützung der Arbeit wurde der Förderverein Ahrensburg e. V. gegründet. Dieser sammelt Spenden für die verschiedenen Arbeitsbereiche des Netzwerks (Sparkasse Holstein: DE18 213522400179078514)

Zur Förderung seiner Arbeit hat das Netzwerk 2.500 € aus dem städtischen Haushalt erhalten. Die Mittel wurden für Infomaterialien und Veranstaltungen verwendet.

D. Aktivitäten und Arbeitskreise auf Landes- und Kreisebene

- Die Landesregierung hat mit dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ (www.berant-S-H.de) ein umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot geschaffen. Kommunen, Schulen, Eltern, Betroffene und Opfer finden hier Hilfe und Unterstützung.

Das Regionale Zentrum für Demokratieentwicklung für das Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck wurde Anfang 2013 ins Leben gerufen. „Hauptziel ist es, eine Institution zu schaffen, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus unterstützt und sich für demokratische Prozesse und Werte stark macht. Neben der Beratungs- und Fortbildungstätigkeit zur Demokratiestärkung und Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus, sollen Angebote geschaffen werden, die nachhaltig Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich gesellschaftlich zu engagieren“ (zitiert aus dem Internetauftritt des Zentrums).

Des Weiteren existiert in den Regionen Stormarn und Lübeck eine vielfältige Bündnisarbeit: „das Antirassistische Bündnis Stormarn“ (ARABUES), die Glinder Bürgerinitiative „Glinde gegen Rechts“.

In Lübeck das Bündnis „Wir können sie stoppen“, der Verein „KlopfKlopf. Lübeck ist weltoffen“ und die Initiative des Ev.-Luth. Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg „Kirche gegen Rechtsextremismus“.

- Die Fachplanungsgruppe I zum Thema Rechtsextremismus des Kreises Stormarn tagte im Berichtszeitraum noch einmal am 25.11.2013.

Die Teilnehmer beschlossen u. a., dass die Arbeit der Fachplanungsgruppe zum Thema „Rechtsextremismus“ vorläufig eingestellt werden kann, da die Initiativen vor Ort bereits gut vernetzt wären und daher kein zusätzliches Gremium benötigt werde. Das Protokoll ist als **Anlage** beigefügt.

Am 20.11.2013 veranstaltete der Kreis Stormarn zusammen mit mehreren Kooperationspartnern eine Fachtagung zum Thema „Antidiskriminierungsstrategien im Alltag“ Fachleute aus dem Kreis diskutierten Konzepte für Schule, Jugendarbeit, Sportvereine, Kindertagesstätten und Politik.

E. Präventive Maßnahmen auf pädagogischer- und Alltagsebene

Die Stadt Ahrensburg bietet ein breit gefächertes Angebot für Kinder und Jugendliche. Sie betreibt eigene Einrichtungen und unterstützt freie Träger der Jugendhilfe bei ihrer Arbeit.

Diese Maßnahmen wirken generalpräventiv gegen Rechtsextremismus:

- Sie schaffen Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten
- Sie bieten Raum für soziales Lernen und Engagement
- Sie helfen Interessen zu entwickeln
- Sie bieten soziale Unterstützung und Beratung in Krisensituationen
- Sie unterstützen die Entwicklung sozialer und kommunikativer Kompetenz
- Sie fördern die Integration von Migranten/innen
- Sie bieten außerschulische Bildungs- und Qualifizierungsangebote
- Sie unterstützen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die Schulsozialarbeit unterstützt Schüler/innen:

- In Krisensituationen durch Einzelhilfe
- Bei der Erlangung eines Schulabschlusses
- Bei der Entwicklung und Förderung von musischen, sportlichen oder sonstigen Interessen

- Durch Präventionsangebote (wie z. B. Antimobbing-, Konfliktlotsenausbildung)

Stadtjugendring und Kinder- und Jugendbeirat fördern durch ihre kontinuierliche Arbeit die Partizipation der in Ahrensburg lebenden Kinder und Jugendlichen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der demokratischen Kultur.

Ein besonderes Ziel der Jugendarbeit ist die Stärkung von Toleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, Weltanschauung und Lebensweise.

Durch ihre Angebote versucht die Jugendpflege zu bewirken, dass sich Kinder und Jugendliche entsprechend dem Menschenbild des Grundgesetzes zu eigenverantwortlichen, couragierten und sozial kompetenten Persönlichkeiten und damit zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Sie wirkt sozialer Deklassierung, Entwertung der Persönlichkeit und kultureller Verarmung planmäßig entgegen und versucht damit, u. a. dem Rechtsextremismus seinen Nährboden nachhaltig zu entziehen.

F. Resümee

Auch wenn die rechtsextremistischen Aktivitäten in Ahrensburg als eher gering und die Aktivitäten, die sich ihnen und dem Vergessen entgegenstellen als eher umfangreich bezeichnet werden können, so bleibt doch das Wissen aus Umfragen und pädagogischer Erfahrung, dass gruppendiskriminierende Einstellungen bei vielen Menschen verbreitet sind.

Die Einwanderung von Flüchtlingen und die Kriege in der Ukraine und Nahost führen zu Spannungen in der Gesellschaft, die leicht einen extremistischen Charakter bekommen können oder zum Teil schon haben.

Die Stadt Ahrensburg wird weiter die Aktivitäten unterstützen, die sich diskriminierenden Verhalten entgegenstellen. Ihre Förderpolitik und die Kinder- und Jugendarbeit ist so ausgerichtet, dass möglichst alle Einwohner eine positive Lebensperspektive entwickeln können.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlage:
Protokoll Fachplanungsgruppe